

FBI könnte Bürgerbad ab 2016 betreiben

Stadt Spenze: Vertrag mit Freibadinteressengemeinschaft Lenzinghausen soll unterzeichnet werden.

Bürgermeister hält Restrisiko für die Kommune für vertretbar

VON EKKEHARD WIND

■ Spenze. Mit der Weiterführung des Freibades Lenzinghausen als Bürgerbad wird sich der Spenger Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung am 3. Dezember befassen. Die Stadtverwaltung schlägt den Politikerinnen und Politikern vor, mit der Freibadinteressengemeinschaft (FBI) einen entsprechenden Nutzungsüberlassungsvertrag zu schließen. Wie FBI-Vorsitzender Sieghart Kröger am gestrigen Donnerstag auf NW-Anfrage sagte, könne der Verein sich mit dem Vertragsentwurf anfreunden. Ziel sei es, die Einrichtung als Bürgerbad zu erhalten.

„Für einen Betreiberverein gelten die gleichen Anforderungen wie für eine Kommune“, sagt Bürgermeister Bernd Dumcke. So müsse sich die FBI unter anderem verpflichten, das Bad auf Grundlage eines Betriebskonzeptes bezie-



FBI-Vorsitzender: Sieghart Kröger.
Foto: ANDREAS SUNDERMEIER

hungswise eines Betriebshandbuches zu führen, das noch zu erstellen sei.

Laut Vertragsentwurf gehören zur Betriebsführung insbesondere die technische und kaufmännische Betriebsführung, die inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung des Bäderbetriebes, die Auswahl, Anstellung, Überwachung und Anweisung des Personals so-

wie die Bewirtschaftung der Sachausgaben. „Jedes Bad muss auch einen Badleiter haben“, betont der Bürgermeister. Der betriebsleitende Schwimmmeister müsse an jedem Öffnungstag eine Betriebssicherheitskontrolle durchführen.

„Das Betreiben eines Bürgerbades ist sicherlich eine Herausforderung für die Freibadinteressengemeinschaft“, sagt Bernd Dumcke.

Eine 100-prozentige Freistellung der Stadt Spenze von allen Risiken werde kaum möglich sein. Dies hätten juristische Berater der Stadt deutlich gemacht. Die Kommune bleibe in der Pflicht, sich in angemessenen Abständen davon zu überzeugen, ob ein sicherer Badbetrieb gewährleistet sei. „Zu Beginn könnte dies einmal monatlich der Fall sein“, sagt der Bürgermeister.

Sofern alle Rahmenbedingungen erfüllt seien, sei das verbleibende Restrisiko über-

schaubar und damit aus Sicht der Verwaltungsleitung vertretbar. Somit schlägt der Bürgermeister dem Hauptausschuss und dem Rat vor, den Betrieb des Freibades Lenzinghausen als öffentliche Einrichtung mit Wirkung vom 31. Dezember 2015 zu beenden. Gleichzeitig empfiehlt er den politischen Gremien, mit der Freibadinteressengemeinschaft einen entsprechenden Nutzungsüberlassungsvertrag zu schließen. Der Entwurf sieht auch vor, dass die Stadt einen jährlichen Betriebskostenzuschuss zahlt – in Höhe der durch die Nutzungsüberlassung entfallenden „Sowieso-Kosten“ (Fixkosten wie Versicherung, Stromanschluss, Anlagenpflege). Dies sind jährlich 7.500 Euro.

„Wir wollen den Vertrag unterzeichnen“, sagte gestern FBI-Vorsitzender Sieghart Kröger. Man habe sich schon im Vorfeld mit Fachverbänden und Experten beraten. Ziel

sei es, das Freibad in Lenzinghausen zu erhalten und ab 2016 als Bürgerbad zu führen. Den FBI-Stand am Sonntag beim Adventsmarkt wolle man nutzen, um Bürger über die neuen Entwicklungen zu informieren. „Wir wollen gleichzeitig neue Mitglieder und ehrenamtliche Helfer gewinnen, um durch Eigenleistung die Badkosten zu reduzieren“, sagt Kröger. Ferner nehme man am Sonntag auch schon Reservierungen für Jahreskarten entgegen. „Und wir suchen natürlich Sponsoren, die uns unterstützen“, sagt Kröger.

Die kommende Zeit will die FBI nutzen, um das Feinkonzept wie die Badordnung und das Betriebshandbuch zu erarbeiten. „Denn die Regelungen im Vertrag müssen ja mit Leben gefüllt werden“, sagt Kröger. In einer Mitgliederversammlung im kommenden Jahr solle das Feinkonzept vorgestellt und darüber beschlossen werden.